

NR. 41 / APRIL 2025

# GRÜN WÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELLAND & BASEL-STADT



- > **MIGRATION ALS CHANCE:** FAKTEN STATT FABULIEREN ..... S. 3
- > **ABSTIMMUNG:** PAROLEN ZUM URNENGANG AM 18. MAI ..... S. 8
- > **JGB NORDWEST:** DÜSTERE AUSSICHTEN NACH BUNDESTAGSWAHL ..... S. 9

- 2 Editorial
- 3 Thema: Migration
- 8 Abstimmungen
- 9 JGB Nordwest
- 10 Aus den Kantonen: BL
- 11 Aus den Kantonen: BS
- 12 Vermischtes

Grünwärts – Infobulletin der GRÜNEN Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: GRÜNE Baselland und Basel-Stadt, Viaduktstrasse 8, 4051 Basel

Redaktion: Tim Erb (te), Michael Durrer (md), Martin Stohler (ms), Oliver Thommen (ot), Nadine Freiermuth Samardžić (nfs)

info@gruene-bl.ch  
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: sarah@einfachgrafik.ch

Druck: bc medien ag

Gedruckt auf Nautilus,  
100% Recycling, Blauer Engel

Erscheint 4-mal pro Jahr, Auflage  
2200 Ex.

Redaktionsschluss: 23. März 2025

Nächste Ausgabe: September 2025



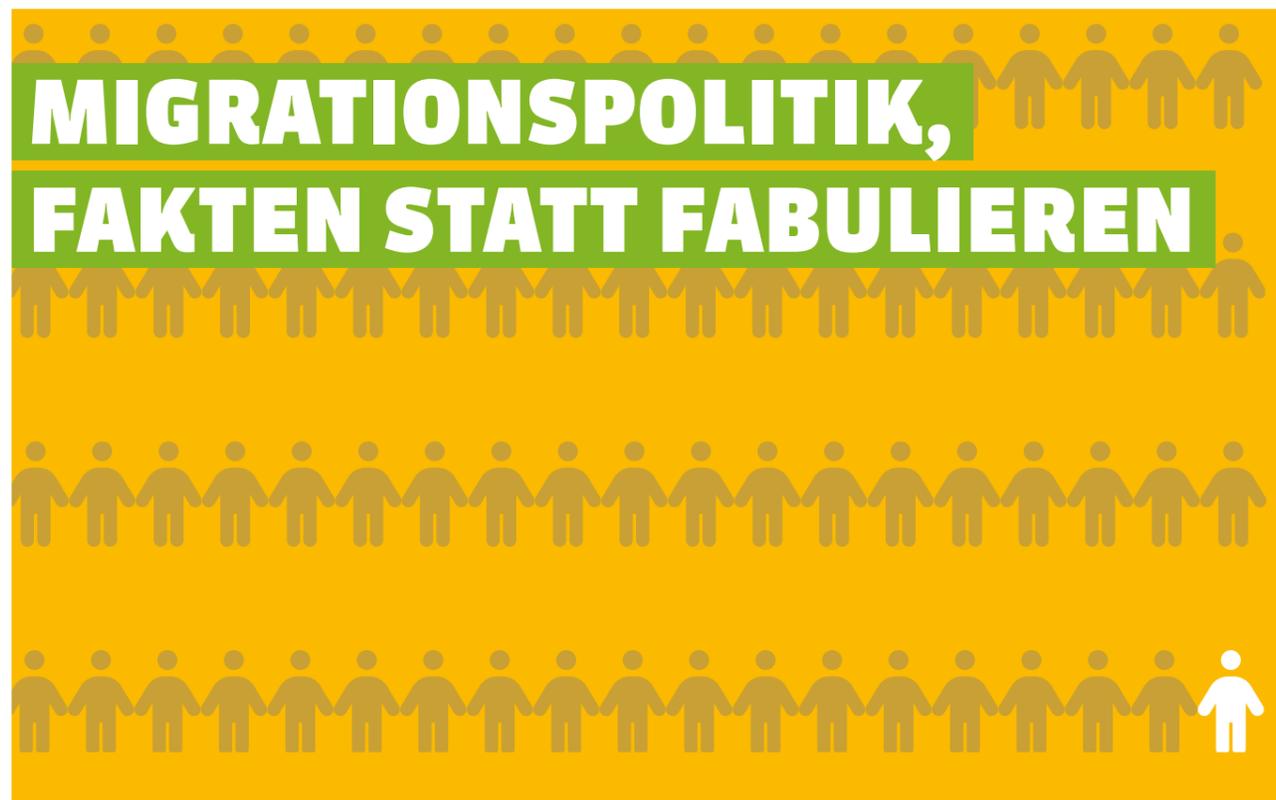
Migration und Asyl bewegen – emotional, politisch, gesellschaftlich. Es sind komplexe Themen, die in den letzten Jahren nicht nur kontrovers, sondern oft auch sehr emotional diskutiert wurden. Die Folge: Polarisierung, Spaltung, ein rauer Ton. Doch gerade weil die Herausforderungen so gross sind – von fairen Asylverfahren über Integration bis zur Klimaflucht – dürfen wir das Feld nicht rechten Parteien überlassen, die mit Ängsten und Ressentiments statt Lösungen arbeiten.

Grüne Migrationspolitik steht für Menschlichkeit und Realismus: für Schutzbedürftige ebenso wie für tragfähige Strukturen in Gemeinden. Wir kennen die Zielkonflikte – zwischen Anspruch und Umsetzbarkeit, Solidarität und Kapazitäten. Aber wir nehmen sie an. Denn ein nachhaltiger Umgang mit Migration braucht Haltung, nicht Hetze.

Darum engagieren wir uns – für eine Asylpolitik basierend auf den Menschenrechten und für eine offene, solidarische Gesellschaft, die niemanden zurücklässt.

Michael Durrer, Präsident GRÜNE BL

P.S. Die GRÜNEN Schweiz haben im März 2025 ein neues Positionspapier zum Thema menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik veröffentlicht. Dieses findet sich auf der Webseite der GRÜNEN Schweiz.



Kleine Zahl, grosser Populismus: Die Asylgesuche neu eingereister Personen betragen aktuell gut zwei Promille der Bevölkerung.

**Kaum ein Thema scheint öffentlich so präsent wie Migration. Aber unter völlig falschen Vorzeichen.**

«They are eating our dogs», war der Höhepunkt der Präsidentschaftskampagne von Donald Trump. Der Gesellschaft wurde suggeriert, dass Migrant:innen deren Haustiere verspeisen. Warum? Das kennen wir hier nur allzu gut. Die Abstiegsängste wegen der hohen Lebenskosten erlauben es der Rechten, sich auf Schuldsuche zu begeben. Die Medienkrise tut ihren Rest und befeuert in breiten Gesellschaftskreisen eine von Fakten losgelöste Angst vor allem Fremden. Nicht nur der US-amerikanische Wahlkampf führte dies vor, auch in Deutschland zeigte sich diese Blaupause. Dazu gehören drei Faktoren:

**ISOLATIONISMUS**

Erstens: Neu ist an der heutigen Rechten, dass sie sich wieder isolationistisch ausrichtet ungeachtet der Kos-

ten. Trumps Zoll-Chaos ist dafür ein Paradebeispiel. Auch die Politik der SVP hat ausgeprägt isolationistische Züge angenommen. Mit ihrer Anti-EMRK-Initiative strebte sie unter der Parole «Keine fremden Richter!» einen Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention, aus dem Strassburger Gerichtshof und dem Europarat an. Mit der sogenannten «Neutralitätsinitiative» würden für die Schweiz Sanktionen wie im Falle des russischen Überfalls auf die Ukraine unmöglich und eine militärische Zusammenarbeit mit Europa ausgeschlossen. Eine dritte Art von SVP-Initiativen haben das Potential, Abkommen mit der EU zu torpedieren. Um ihnen grösseres Gewicht zu geben, schürt die SVP mit ihnen regelmässig die Fremdenangst.

**BROLIGARCHY**

Zweitens: Die neue Rechte schafft es dank libertärer Agenda, die Wirtschaft auf ihre Seite zu ziehen. Exemplarisch stehen dafür die Tech-Milliardäre der

USA. Sie versorgen die Rechte mit dem Kapital, um Meinung zu machen und Wahlen zu gewinnen. Dafür erhoffen sie sich fette Gewinne. Langfristig entzieht die aggressive Antimigrationspolitik der Wirtschaft aber den Boden.

**CHAOS ALS MOTOR**

Drittens: Eine neue Dimension in der Durchsetzung der Agenda der neuen Rechte zeigt sich nun in den USA. Durch Tempo und Menge an Massnahmen oder Verlautbarungen verlieren die politischen Akteur:innen oder auch die Medien den Handlungsspielraum, Gegensteuer zu geben. Auch in der Schweiz ist festzustellen, dass sich die SVP auf eidgenössischer Ebene trotz zwei Bundesratsmitgliedern immer mehr von einer staatstragenden Partei entfernt und nicht nur populistisch (wie seit Blocher), sondern auch destruktiv agiert. Das Vehikel ist hier der Diskurs über Migration. (ms/ot)

Quelle: Kommentierte Asylstatistik 2024 des SEM

## MIGRATIONS POLITIK – ES KOMMEN DIE RICHTIGEN

Das Asylwesen bewegt die Gemüter überall. Trotz – oder gerade wegen – der sehr hitzig geführten Debatte sind wichtige Grundlagen viel zu wenig bekannt.

Vier Fünftel der flüchtenden Personen weltweit bleiben in den Nachbarländern, die meisten im globalen Süden. Es fehlen aber die faire Unterstützung der Gastländer durch den globalen Norden und eine angemessene Bereitschaft für das Resettlement besonders verletzlicher Personen.

Die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz und in Europa steigt jeweils bei Konflikten. Danach sinkt sie auch wieder. Die Asylgesuche neu eingereister Personen betragen aktuell gut zwei Promille der Bevölkerung. In den letzten dreissig Jahren gab es im Schnitt weniger als 20'000 primäre Asylgesuche pro Jahr.

In die Schweiz kommen nicht die Faltschen, sondern tatsächlich Schutzbedürftige. Bei drei Vierteln der materiell von der Schweiz behandelten Asylgesuchen wird bereits in erster Instanz ein Schutzbedarf festgestellt.

Asylgesuche haben einen vernachlässigbaren Einfluss auf die Netto-Zuwanderung. Nur 6,8 Prozent der Nettozuwanderung der letzten zehn Jahre, also 71'573 Personen, gehen auf den klassischen Asylbereich zurück. Weitere fünf Prozent kamen als Schutzbedürftige aus der Ukraine in die Schweiz. Die restlichen gut 88 Prozent haben ihren Ursprung in der Personenfreizügigkeit und der kontingentierten Zuwanderung aus Drittstaaten.

Das nüchterne Fazit lautet also: Nur sehr wenige Personen fliehen tatsächlich nach Europa und in die Schweiz. Und diese sind in der grossen Mehrheit auch tatsächlich schutzbedürftig. Gewähren wir ihnen diesen Schutz in

Würde – und lassen wir die Länder des globalen Südens mit den massiven Herausforderungen ihrer riesigen Flüchtlingslager nicht länger alleine!

Balthasar Glättli, Nationalrat GRÜNE

Mehr Infos gibt es in  
Balthasar Glättlis Publikation  
«Es kommen die Richtigen»



eskommendierichtigen.ch

## DUBLIN-AUSSCHAFFUNGEN: AUS DEN AUGEN, AUS DEM SINN

Wie unmenschlich kann Asylpolitik werden? Ein Beispiel.

Morgens um sechs Uhr stürmen acht Beamte zum Teil bewaffnet das Schlafzimmer eines neunjährigen Jungen und seines alleinerziehenden Vaters in einer Baselbieter Asylunterkunft. Die Familie floh vor den Taliban, weil der Vater für die vorherige Regierung arbeitete. Auf der Flucht musste das Kind mit ansehen, wie kroatische Polizisten seinen Vater schwer misshandelten. Dorthin soll die Familie nun gemäss Dublin-Verordnung zurück – per Sonderflug mit Polizeibegleitung.

Dabei ist der Junge schwer traumatisiert, isst kaum noch, der Vater in Behandlung wegen Suizidalität. Die medizinischen Berichte, die er den Ausschaffungsbeamten in seiner Verzweif-

lung übergeben will, werden auf deren Anweisung hin vernichtet. Das verängstigte Kind wird im Flugzeug vom Vater getrennt platziert.

Dieser Vorfall geschah im Februar im Baselbiet. Doch solche Szenen spielen sich tagtäglich schweizweit ab. Die Dublin-Verordnung regelt, welcher europäische Staat für ein Asylgesuch zuständig ist – meist das Ersteinreiseland, etwa Kroatien. Zahlreiche unabhängige Berichte dokumentieren dort gravierende Menschenrechtsverletzungen: Pushbacks, Misshandlungen, sexuelle Übergriffe, Familientrennungen. Trotzdem führt die Schweiz weiterhin Überstellungen durch und beruft sich auf rein theoretische Schutzgarantien im kroatischen Recht.

Solche Ausschaffungen verletzen Grundrechte und sind mit einer men-

schenwürdigen Asylpolitik unvereinbar. Sie geschehen meist nachts in abgelegenen Asylunterkünften und im Verborgenen – gerade deshalb brauchen die Betroffenen Sichtbarkeit, rechtliche Unterstützung und eine Zivilgesellschaft, die hinschaut statt wegzusehen. Menschen kann man abschieben – die Verantwortung für ihre Rechte nicht.

Dr. Emirhan Darcan und Lea Hungerbühler, Vorstandsmitglieder des Vereins AsylLex

## TRICKLE-DOWN IM ASYLBEREICH: MEHR GLÜCK ALS VERSTAND

Das Subsidiaritätsprinzip verführt im Asylwesen zum Sparen an den Schwächsten. Ein Bericht aus einer Baselbieter Gemeinde.

Die Schweizer Asylpolitik wird schrittweise von oben nach unten delegiert: Am Ende tragen die Gemeinden die Verantwortung für die Integration Geflüchteter. Mit 2131 Gemeinden gibt es vermutlich ähnlich viele unterschiedliche Ansätze zur Unterbringung und Integration. Eine Gemeinsamkeit haben wohl alle: Die Finanzen sind knapp. Das ist problematisch, denn für eine gelungene Integration braucht es ei-

gentlich Geld. Wo es fehlt, bleiben Integrationsmassnahmen auf der Strecke oder die Zivilgesellschaft springt ein. Im besten Fall arbeiten Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zusammen, um diesen Mangel auszugleichen und gleichzeitig die Integration in die Gemeinde zu stärken. Dafür braucht es Engagement, Kooperation und oft auch Glück, denn ehrenamtliches Engagement ist nicht selbstverständlich. Wo dies gelingt, entstehen vorbildliche Integrationsstrukturen mit einer festen Verankerung in der Dorfgemeinschaft.

Es ist ein Fehler, die Integration in die Dorfgemeinschaft dem Zufall zu überlassen. Hier liegt der Schlüssel zu einer

wirklich gelungenen Eingliederung. Das Fremde erscheint oft nur aus der Distanz bedrohlich – sobald Menschen Teil des gesellschaftlichen Lebens werden, sind sie Teil der Dorfgemeinschaft. Wer denkt, das sei nur in kleinen Massstäben umsetzbar: Während der ersten Phase des Ukrainekrieges haben viele eindrücklich bewiesen, was möglich ist, solange die Zivilgesellschaft an Bord ist. Integration ist machbar – wenn alle mitziehen.

Anina Ineichen, Grossrätin

## SOZIALPOLITIK UNTER DRUCK

Die Kantone sind unter Druck durch die Sparwut beim Bund.

Im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit bearbeite ich im Kanton Basel-Landschaft unter anderem politische Vorstösse aus dem Landrat zu den Themen Sozialhilfe, Asyl und Integration. Der Rechtsextremismus ist in meiner Arbeit – zum Glück – noch nicht spürbar. Der Druck auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft und besonders auch auf geflüchtete Personen ist aber seit jeher gross. So richtet sich der Fokus beim Thema Migration häufig auf den Asylbereich. Dabei geht vergessen, dass dieser nur einen Bruchteil der Personen im Migrationsbereich ausmacht. So machen geflüchtete Personen lediglich 2 Prozent der Wohnbevölkerung und weniger als 10 Prozent an der ausländischen Baselbieter Bevölkerung aus. In den letzten Jahren sind etliche Vorstösse und Petitionen zum Thema eingegangen. So wurde von linker Seite etwa gefordert, zu prüfen, ob höhere Sozialhilfensätze für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen

zu weniger Kriminalität führen würden. Von rechter Seite gingen Vorstösse ein, die forderten potentiellen Missbrauch von Sozialleistungen durch Personen aus dem Asylbereich zu bekämpfen. In meiner Arbeit stelle ich diesen Forderungen Zahlen und Fakten gegenüber, damit lassen sich so einige politische Forderungen entkräften. Dass nun der Bund mit seinem kürzlich vorgelegten Sparpaket im Asylbereich jährlich bis zu 700 Millionen Franken einsparen will, ist aus unterschiedlichen Gründen problematisch. Der Druck auf die Geflüchteten, aber auch auf die betreuenden Organisationen wird steigen und eine nachhaltige Integration wird gefährdet.

Dass die Sparmassnahme zudem den Boden für drastischere politische Forderungen ebnen könnte, bereitet mir Sorge. Hier sind wir alle gefordert, entschieden gegen Extremismus vorzugehen. Denn Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen gerade jetzt verteidigt und gestärkt werden.

Lea Wirz, Grossrätin

### BUCHHINWEIS



Mit dem Erzählen ihrer persönlichen Geschichte bringen die neun portraitierten Frauen Erfahrungen mit der Migrationspolitik im Ankunftsland Schweiz zur Sprache. Expertinnen geben Einblicke in Bereiche, die für das Ankommen in der Schweiz von zentraler Bedeutung sind.

Das Buch von Heike Wach (Herausgeberin) und Cécile Speitel ist bei progender.ch für 28 CHF (Softcover) oder 40 CHF (Hardcover) erhältlich.

**BULLSHIT-BINGO ZU MIGRATION & ASYL**

Zum Ausschneiden, Einstecken und Rausholen, wenn's mal wieder hoch hergeht – ob am Familientisch, im Büro oder am Stammtisch.

ausschneiden

fallen

<p><b>«DIE SCHWEIZ IST DURCH MIGRATION UNSICHERER GEWORDEN!»</b></p>	<p><b>«AUSLÄNDER SIND KRIMINELLER ALS SCHWEIZER!»</b></p>	<p><b>«DIE MEISTEN SEXUALSTRAFTÄTER SIND AUSLÄNDER!»</b></p>
<p><b>«WARUM WERDEN KRIMINELLE AUSLÄNDER NICHT EINFACH AUSGESCHAFFT?»</b></p>	<p><b>«ASYLBEWERBER LEBEN AUF UNSERE KOSTEN!»</b></p>	<p><b>«GRENZEN DICHT, DANN GIBT'S WENIGER KRIMINALITÄT!»</b></p>
<p><b>«DIE MEISTEN AUSLÄNDER KOMMEN NUR AUS WIRTSCHAFTLICHEN GRÜNDEN!»</b></p>	<p><b>«DIE SCHWEIZ NIMMT ZU VIELE FLÜCHTLINGE AUF!»</b></p>	<p><b>«NOCH MEHR LUST AUF FAKTEN STATT SPRÜCHE?»</b></p>
<p>ein Last-Minute-Trip nach Bali. WLAN und warmes Wasser abdrehen! Klingt nach Luxus? Dann bitte zuerst gegen eine Wg auf dem Tschoppenhof mal tauschen. Ein Zeltlager in Jordanien Schutzsuchende auf. Aber wir könnten ja im internationalen Vergleich wenig ihrer Heimat, die Schweiz nimmt den in ärmeren Nachbarländern. Ja, aber mit Arbeitsbewilligung, nicht per Asylgesuch. Migration = Job suchen. Asyl = Leben retten. Etwa 75 % der Asylgesuche werden wegen Krieg und Verfolgung anerkannt. Und überhaupt: Was heisst «nur»? Einfach mal eben so die Heimat verlassen? – Als wäre das so entspannt wie</p>	<p>Rund 85% aller Geflüchteten leben in ärmeren Nachbarländern. Ja, aber mit Arbeitsbewilligung, nicht per Asylgesuch. Migration = Job suchen. Asyl = Leben retten. Etwa 75 % der Asylgesuche werden wegen Krieg und Verfolgung anerkannt. Und überhaupt: Was heisst «nur»? Einfach mal eben so die Heimat verlassen? – Als wäre das so entspannt wie</p>	<p>allgemein/bullshit-bingo/gruene-bl.ch/blog/</p> 
<p>Seit 2016 werden kriminelle Ausländer:innen ausgeschafft – unter Einhaltung von Menschenrechten und internationalen Verträgen. Rechtsstaat statt Reflex! Zudem: Wohin sollen die hier geborenen Menschen ohne Schweizer Pass zurück? In den Kreissaal des Bruderholz?</p>	<p>Asylsuchende erhalten nur Nothilfe oder reduzierte Sozialhilfe weit unter dem normalen Sozialhilfesatz. Arbeiten dürfen sie oft auch nicht, obwohl das viele durchaus wollen. Von wegen «All inclusive» oder «Rund-um-Sorglos-Paket» – dieses Märchen platzt spätestens bei einem Besuch in einer engen Gemeinschaftsunterkunft.</p>	<p>Fast ein Drittel aller Arbeitskräfte in der Schweiz sind ausländische Staatsangehörige. Besonders in Bau, Gastronomie und Pflege sind sie unverzichtbar. Grenzen dicht = Wirtschaft dacht dicht. Probleme löst das nicht, aber Fachkräftemangel und schlechtere Versorgung sind garantiert.</p>
<p>Kriminalität steigt aktuell vor allem bei der Digitalisierung wie Online-shopping und Banking. Gemäss Statistik haben Cyberkriminallität und häusliche Gewalt zugenommen. Ein direkter Zusammenhang zwischen Migration und dem Anstieg der Kriminalität lässt sich nicht ableiten.</p>	<p>Junge Männer mit Migrationshintergrund werden häufiger von der Polizei kontrolliert und erscheinen dadurch öfter in den Statistiken. Kriminalität hängt nicht am Pass – sondern v.a. an den sozialen Verhältnissen.</p>	<p>Die meisten Sexualstraftäter passieren im persönlichen Umfeld, wobei viele Täter Schweizer Staatsbürger sind. Oft werden diese nicht angezeigt, da Opfer Angst vor Druck und Zweifel haben.</p>

icons: © flaticon

Von Gzim Hasanaj, Simon Tschendlik, Nadine Freiermuth Samardzic.

**DIE FAMILIENZEIT-INITIATIVE  
EIN GENERATIONENWERK**



Maya Graf, Florence Brenzikofer und Léonore Porchet an der Lancierung.

Der Fachkräftemangel und die tatsächliche Gleichstellung sind wachsende Herausforderungen für unser Land.

Die heutige Gesetzgebung fördert nach wie vor traditionelle Rollenbilder und wird der gesellschaftlichen Realität und der Gleichstellung der Geschlechter nicht gerecht. Der Mutterschaftsurlaub ist zu knapp und zu einseitig verteilt. Deshalb braucht es eine faire, gleich lange Familienzeit für beide Elternteile. Denn Elternschaft ist eine gemeinsame Verantwortung. Der Wiedereinstieg nach der Geburt eines Kindes gestaltet sich in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern Europas als schwer. Ich habe es bei der Geburt meiner drei Kinder erlebt; und besonders schwierig war es für mich vor über 20 Jahren bei der Geburt meines zweiten Sohnes: Als Sekundarlehrerin und als gewählte Landrätin konnte ich meine Arbeit nur wieder aufnehmen, weil mein selbstständig erwerbender Partner und meine Eltern und Schwiegereltern einen Teil der Kinderbetreuung abdecken konnten – ein Privileg.

**GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL GESTALTEN**  
Zwei Jahrzehnte später stelle ich er-  
nüchert fest: Es gab in einigen Regio-  
nen punktuelle Veränderungen, aber  
flächendeckende Lösungen fehlen in  
der Schweiz. Kita- und Tagesschul-  
angebote sind vielerorts rar. Zudem fra-  
gen sich viele Familien bei den hohen  
Betreuungskosten, ob es sich finanziell  
überhaupt lohnt, dass beide Eltern ar-  
beiten. Diese schlechte Ausgangslage  
hat auch einen Einfluss auf die Attrak-  
tivität der Familiengründung.  
Der Bund vermeidet ambitionierte Zie-  
le und schiebt die Verantwortung auf  
die Kantone. Der Bund ist aber in der  
Pflicht, dem gesellschaftlichen Wandel  
gerecht zu werden.  
In den letzten fünf Jahren habe ich mich  
für eine zukunftsgerichtete, nationale  
Lösung der Elternzeit engagiert und in  
einem parteiübergreifenden Team ein  
breitabgestütztes Modell entwickelt.  
Die Vorarbeit ist nun abgeschlossen  
und die Freude ist gross, dass wir im  
April 2025 die Familienzeit-Initiative  
lancieren konnten. Die Initiative sieht  
für beide Elternteile je 18 Wochen El-  
ternzeit vor, die nicht übertragbar und  
grundsätzlich alternierend zu beziehen  
sind. Nur ein Viertel kann gleichzeitig  
bezogen werden, mit Ausnahme aus ge-  
sundheitlichen Gründen. Auch soll bei  
tiefen Einkommen der Erwerbersatz  
von 80 % bis auf 100 % des Einkommens  
steigen – das fördert, dass die Eltern-  
zeit auch tatsächlich bezogen wird und  
es bedeutet eine grosse Verbesserung  
im Vergleich zu heute.

**EINE ELTERNZEIT, DIE SICH ALLE  
LEISTEN KÖNNEN**  
Viele Eltern, vor allem Väter, beziehen  
ihre Vaterschaftszeit aktuell nicht,

weil sie sich den Lohnausfall nicht lei-  
sten können. Zudem: Eine paritätische  
Elternzeit erweist sich aus der For-  
schung und aus den Erfahrungswerten  
anderer Länder als besonders wirkungs-  
voll, um die Arbeitsmarktpartizipation  
und die Care-Arbeit beider Elternteile  
zu erhöhen.  
Die neu lancierte Initiative wird ge-  
tragen von einer breiten, überpar-  
teilichen Allianz: GRÜNE, alliance F,  
Grünliberale, Mitte Frauen und Travail.  
Suisse. Im Initiativkomitee sind zudem  
Exponent:innen anderer Parteien so-  
wie Vertreter:innen aus Wirtschaft,  
Fachkreisen, Kultur und weiteren un-  
terstützenden Organisationen.  
Ich freue mich, dass der Diskurs über  
die Familienzeit-Initiative lanciert ist.  
Sie bringt jungen Menschen neue Per-  
spektiven und ermöglicht zeitgemässe,  
chancengerechte Lebensformen im  
Familienalltag. Ich wünsche viel Freu-  
de und Motivation beim Sammeln und  
hoffe auf einen unterschrittenreichen  
Sommer!  
Florence Brenzikofer, Nationalrätin  
GRÜNE BL

Hier unterschreiben oder auf dem beiliegenden Unterschriftenbogen.



gruene.ch/familienzeit-unterschreiben

# ABSTIMMUNGEN BASEL-STADT

## ZWEIMAL JA: ENDLICH SICHERE VELOROUTEN!



Eine sichere Veloinfrastruktur erlaubt es mehr Menschen, mit dem Velo unterwegs zu sein. Die Sicherheit ist das zentrale Argument, ob sich eine Person für das Velo als Verkehrsmittel entscheidet. Gelingt es uns, unsere Veloinfrastruktur deutlich zu verbessern, steigen mehr Menschen aufs Velo um und für bisherige Velofahrer\*innen sinkt das Risiko eines Unfalls.

Das streben die Velo-Sicherheits-Initiative und ihr vom Grossen Rat sehr deutlich beschlossener Gegenvorschlag an. Die GRÜNEN vertreten die Parole, sowohl der Initiative wie auch dem Gegenvorschlag zuzustimmen und in der Stichfrage den Vorzug dem Gegenvorschlag zu geben. Der Gegenvorschlag nimmt die wesentlichen Anliegen der Initiative auf, verankert sie im Gesetz, organisiert die Finanzierung und lässt sich sofort umsetzen. Die Umsetzung der Initiative wäre dagegen umständlicher. Mit unserer Parole wird der Kanton per Gesetz verpflichtet,

1. das erhöhte Schutzbedürfnis von Velofahrenden in Planung und Betrieb zu berücksichtigen.
2. bis 2035 mindestens 40 km Veloverzugsrouten und parallel dazu bis spätestens 2042 ein ergänzendes Netz von Haupt- und Nebenrouten umzusetzen.

3. mittels Sofortmassnahmen Gefahrenstellen zu beheben.
  4. behördenverbindliche Mindeststandards festzulegen.
- Davon profitiert auch der Fussverkehr und es bietet sich die Chance, gleichzeitig den Stadtraum zu begrünen. Die Förderung des Veloverkehrs ist dreifach wichtig: Die aktive Mobilität leistet einen Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung. Zweitens leistet der Veloverkehr einen Beitrag an den Klimaschutz: ein Drittel aller Autofahrten heute sind kürzer als 3 km und können problemlos auf dem Velo zurückgelegt werden. Drittens steigert ein auf Velo-, Fuss- und öffentlicher Verkehr ausgerichteter Stadtraum die Lebensqualität: weniger Lärm und Abgase, dafür mehr Platz für Begrünung und Begegnung.

Raphael Fuhrer, Co-Präsident

## VOM STEUER- ZUM STANDORTWETTBEWERB: NEIN ZUM STANDORTPAKET AM 18. MAI

500 Millionen oder rund ein Zehntel des aktuellen jährlichen Budgets des Kantons Basel-Stadt: So gross ist die Summe, die der Kanton voraussichtlich durch die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer zusätzlich einnehmen wird – und die via zwei Fonds nun gänzlich in die Wirtschaft zurückfliessen sollen. Nur ein Bruchteil von 15 Millionen soll in Forschungsprojekte fliessen, die dem globalen Süden zugutekommen. Während die OECD-Mindeststeuer den globalen Tiefsteuerwettbewerb unterbinden wollte, eröffnet Basel-Stadt nun den Standortförderungswettbewerb.

Die GRÜNEN konnten in der Kommission zwar bewirken, dass zumindest 100 Millionen in Dekarbonisierungs- und Gleichstellungsmassnahmen für Konzerne, KMU und NGO fliessen können, trotzdem bleibt das Paket eine indirekte Konzernsubventionierung. Nötige Investitionen in günstigen Wohnungsbau, ins Gesundheitswesen, in Massnahmen zur Klimagerechtigkeit und vieles Weitere bleiben auf der Strecke. Hier setzt sogar der rechtskonservative Kanton Zug grössere Anteile der Einnahmen aus der OECD-Mindeststeuer für die Allgemeinheit ein.

Als Stadt, die massgeblich von internationalen Konzernen profitiert, tragen wir Verantwortung für eine global gerechte Verteilung des genauso global erwirtschafteten Kapitals. Think global – act local: Aus diesem grünen Grundsatz heraus lehnen wir GRÜNE das Standortpaket am 18. Mai als Mogelpackung und indirekte Konzernsubvention ab. Wir danken dem aus Umwelt- und Gerechtigkeitsbewegungen formierten Referendumskomitee für sein grosses Engagement für die internationale Steuergerechtigkeit!

Fina Girard, Grossrätin jgb

# DÜSTERE AUSSICHTEN NACH BUNDESTAGSWAHL



Bild von Robert diam auf Pixabay

Der Rechtsrutsch bedroht Errungenschaften, aber bringt uns nicht ab von unserem Engagement.

Deutschland hatte zu Beginn des Jahres Bundestagswahlen. Seitdem wird versucht, eine neue Regierung zu bilden. Die grosse Frage ist: Wo stehen wir in diesem Prozess? Wie können wir uns beteiligen? Und was gibt es jetzt zu tun? Diese Fragen betreffen nicht nur linksgrüne Menschen in Basel, einem Grenzgebiet zu Deutschland. Sie sind auch wichtig für Einzelpersonen, die vielleicht neu in die Politik kommen oder sich schon lange für eine friedliche, demokratische und gerechte Welt einsetzen.

21 Prozent der wahlberechtigten Menschen haben die AfD gewählt. Damit hat sie ihre Präsenz im Bundestag verdoppelt. Diese Menschen fühlen sich durch das Programm der AfD vertreten. Doch dieses Programm hat klare Feindbilder. Ein Beispiel: Die AfD beschreibt die europäische Grenzschutzagentur Frontex als «unzureichend», obwohl

Frontex nachweislich jedes Jahr hunderte illegale Zurückweisungen von Schutzsuchenden durchführt.

### VORBILD DIPLOM

Die AfD macht es ihren Wähler:innen einfach: Sie malt die Welt in Schwarz und Weiss. Sie sagt klar, wer ihrer Meinung nach das Problem ist – beispielsweise Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind und hier ein neues Leben beginnen wollen. Diese Menschen haben oft keinen einfachen Zugang zur Gesellschaft. Sie können sich meist nicht an Wahlen beteiligen, selbst wenn sie in Parteien oder Organisationen aktiv sind. Und auch in linken Parteien sind Menschen mit Migrationshintergrund oft in der Minderheit. Doch die AfD ist nicht die einzige Partei, die geflüchtete Menschen als Bedrohung darstellt. Auch in der Schweiz gibt es eine Partei mit einer ähnlichen Politik: die SVP, welche von der AfD als Vorbild genommen wird.

Der Wahlerfolg der AfD zeigt: Es ist jetzt noch wichtiger, dass sich Menschen mit linken Werten vernetzen, austauschen

und aktiv werden. Rechte Parteien nutzen Angst und Wut als politische Werkzeuge. Wir müssen lernen, mit diesen Gefühlen umzugehen, damit wir nicht von ihnen gelähmt werden. Stattdessen sollten wir unseren Mut und unsere Hoffnung stärken.

Jede kleine Handlung hat eine Wirkung – auch wenn wir sie nicht immer sofort sehen. Wir wissen nicht, wie viele Menschen durch eine Demonstration über ein Thema nachdenken. Wir wissen nicht, was unsere Nachbar:in nach einem politischen Gespräch anderen erzählt. Und wir wissen nicht, wie unsere eigene Veränderung die Welt beeinflusst. Aber wir wissen: Unsere Handlungen können etwas bewegen. Wir wissen, was uns guttut. Und diese Gewissheit ist viel stärker als jede Angst.

Leo Kuhn, jgb-Sekretariat

**WAHLMÖGLICHKEIT VS. RATSDRUCK**



Im Landrat wurde die Stellvertreter-Lösung für Ratsmitglieder bei Ausfall durch Mutterschaft oder längerer Krankheit behandelt. Die emotional geführte Diskussion wurde v.a. an ersterem aufgehängt, obwohl aktuell mehr Ratsmitglieder krankheitsbedingt ausfallen. Auch in Baselland gilt die Bundesregelung, dass eine Mutter, die während dem Mutterschutz an Ratssitzungen teilnimmt, ihre Entschädigung trotzdem erhält. Sie hat die Wahl: entweder beim Baby bleiben oder die Stimme für die Partei nicht verlieren. Beides ist suboptimal – und keine echte Wahl! Besonders für kleinere Parteien ist der Stimmverlust gravierend. Und krankheitsbedingte Ausfälle werden damit nicht abgedeckt; wer krank ist, kann nicht an Sitzungen teilnehmen. Die Lösung wurde schliesslich mit 41 zu 39 Stimmen abgelehnt. Ironischerweise war eine der fehlenden Stimmen wegen Mutterschaft abwesend. Die Motion wurde abgeschrieben und es bleibt offen, ob ein weiterer Anlauf für eine Regelung genommen wird – die, wie von der Kommission vorgeschlagen, digital sein könnte, analog dem Basler Grossen Rat. Dass die Bundesregelung nicht ausreicht, hat die Abstimmung gezeigt. Setzen wir uns also weiterhin dafür ein, eine geeignete Lösung zu finden!

Flavia Müller, Landrätin BL

**KOPF HOCH UND ÄRMEL HOCHKREMPELN!**



Am 22. März war es wieder soweit: Unsere Landratsfraktion GRÜNE/EVP traf sich zum jährlichen Arbeitstag – ein Tag voller Themen, Diskussionen und Teamgeist! Neben den vielen Punkten aus den Kommissionen stand vor allem die Zusammenarbeit unserer Landrätinnen und Landräte im Fokus. Klar, die Vorbereitung auf die Landratssitzungen kostet Zeit und Nerven, und bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen ist der Erfolg oft überschaubar. Aber hey, wir geben nicht auf! Immerhin stellen wir zwei von fünf Regierungsmitgliedern – das macht uns stolz und motiviert uns, weiter für ein fortschrittliches Basel-

biet zu kämpfen. Ja, die Regierung ist progressiver als das Parlament, aber genau deshalb bleiben wir dran. Mit Blick auf die Welt wissen wir, wie gut es uns hier geht. Also: Kopf hoch, Ärmel hochkrempeln und uns weiter für ein lebenswertes Baselbiet für alle einsetzen. So ein Tag mit Gleichgesinnten gibt uns den nötigen Schwung!

Stephan Ackermann  
Fraktionspräsident GRÜNE/EVP

**BLICK ZURÜCK UND MIT ENERGIE NACH VORN**



An der MV vom 28. März in Liestal gab es neben den statutarischen Geschäften auch spannende Einblicke in die Zukunft. Parteipräsident Michi Durrer zog Bilanz über ein bewegtes Jahr mit

wichtigen Abstimmungen und intensiver Vernetzungsarbeit. Die Mitglieder bestätigten Vorstand und Präsidium im Amt und genehmigten das Budget 2025. Highlight: der neu gegründete Verein Pro Wind Nordwestschweiz, der sich für Windenergie in der Region starkmacht, stellte sich vor.

Die Parteileitung dankt für das Vertrauen – und sucht weiterhin nach Verstärkung, um sich als engagiertes Team für eine nachhaltige Zukunft einzusetzen. (nfs)

**RÜCKBLICK MITGLIEDERVERSAMMLUNG**



Nachdem die Mitglieder den Jahresbericht, die Jahresrechnung 2024 und das Budget 2025 beschlossen hatte, drehte sich die Mitgliederversammlung um personelle Wechsel.

Zunächst mussten wir die abtretende Strafrichterpräsidentin Katharina Giovannone-Hofmann verabschieden. Sie amtierte nicht nur lange Jahre als Gerichtspräsidentin, sondern war auch einst Mitglied des Grossen Rates, Parteipräsidentin und lange Jahre im Vorstand und in der Geschäftsleitung der GRÜNEN BS tätig. Wir werden ihr langjähriges Engagement missen. Ebenfalls verabschieden mussten wir Raphael Fuhner, wenn auch nur in seiner Rolle als Grossrat. Der versierte Verkehrspoliti-



ker bleibt uns in anderer Rolle erhalten. Schliesslich wurden auch die langjährigen Vorstandsmitglieder Eva Strub und Guy Morin verdankt.

Nach der Neuwahl des Parteivorstands wählten die Mitglieder Raphael Fuhner und Fleur Weibel als neues Co-Präsidium. Das abtretende Präsidium bestehend aus Benjamin van Vulpen, Raffaella Hanauer (Co-Präsidium) und Jérôme Thiriet (Vize-Präsidium) wurde mit grossem Applaus verdankt.

Auch die Grossratsfraktion hat eine neue Spitze: Jo Vergeat wurde von der Grossratsfraktion als neue Präsidentin gewählt, gemeinsam mit Vizepräsident Laurin Hoppler. Jo löst damit ab April Harald Friedl ab. (ot)

**KANDIDIERENDE IN RIEHEN GESUCHT!**

Während Riehen rote Zahlen schreibt, stehen schon im Oktober die Wahlen an. Es ist klar, dass es mehr GRÜNE braucht für ein ökologisches, sozial gerechtes und weltoffenes Riehen.

Dafür suchen wir 40 Kandidierende, denn jede Person auf der Liste erhöht die Chancen auf Erfolg. Wir brauchen wieder Fraktionsstärke, um uns nach den Wahlen mit einer eigenen Fraktion im Einwohnerrat für Klimaschutz, Gleichstellung, Sozialpolitik und vielen weiteren Themen einbringen zu können. Unter nebenstehendem Link finden sich alle Informationen und ein Formular, um sich zu melden. Wer selbst nicht kandidieren kann oder möchte: Frage doch in deinem Riehener Umfeld eine Person,

die schon lange bei den GRÜNEN sein und kandidieren sollte. Wir freuen uns auf einen tollen Gemeindevahlkampf mit vielen engagierten GRÜNEN.

Bei Interesse merke dir doch den Abend des 17. Juni vor. Dann werden wir nominieren und mit einem gemütlichen Abend in den Wahlkampf starten.

Birgit Brandt, Leitung Lokalgruppe Riehen-Bettingen



chk.me/EgUbaRO

**DIE WELT BRENNT – ICH SCROLLE WEITER**



Panzer in der Ukraine, Katzen, Klimakrise, Trump, ein Meme, verletzte Kinder im Krieg. Schlechte Nachrichten mischen sich unter meinen Feed, bis sie nichts mehr auslösen. Ich scrolle schnell weiter, will in meiner Freizeit nicht mit der grossen, bösen Welt konfrontiert werden, stumpfe ab.

Rund um die Uhr News: Was macht das mit uns? Junge Menschen wachsen mit dieser Newsflut auf. Einige kämpfen weiter, andere ziehen sich zurück. Dazwischen: Erschöpfte Menschen, zwischen Überforderung und Resignation, das Phänomen nennt sich «Doom Fatigue». Ich kenne das. Ich ignoriere regelmässig News. Stolz darauf bin ich nicht, aber für die psychische Gesundheit ist es wichtig.

Veränderung passiert, ist aber oft leise und unspektakulär. Ein Klimagesetz kommt durch, ein Vorstoss findet eine Mehrheit. Aktivist:innen klären auf und halten Hasskommentare aus. Jugendliche diskutieren mit ihrer Familie. Kleines, das in der Summe die Richtung verändert.

Wir dürfen im Strudel nicht die Hoffnung verlieren. Die Welt braucht keine Zuschauer:innen, sondern Gestalter:innen. Vielleicht hilft es, sich bewusst von der unendlichen News-Schleife zu lösen und achtsam Medien zu konsumieren. Nicht, um wegzusehen, sondern um neue Kraft zu schöpfen.

Anouk Feurer, Grossrätin

### NEUES SEKI-TEAM



Hoi zämme! Ich bin Janice und neu für die Kommunikations- und Kampagnenarbeit bei den GRÜNEN beider Basel zuständig. Nach meinem Studium in experimentellem Design und meiner Tätigkeit als Kommunikationsleiterin bei der Boulderhalle Elys Boulderloft freue ich mich darauf, die Schweizer Politik von innen kennenzulernen – und gemeinsam mit euch für eine grünere Zukunft zu wirken!

Janice Günther

### SPANNENDE ERKENNTNISSE AN UNSEREM #ONEHEALTH-PODIUM



Für eine nachhaltige Zukunft brauchen wir ein neues Verständnis von Gesundheit und Gesundheitspolitik: Wir alle sind gefordert, unsere eigene Gesundheit, die unserer Tiere und der Umwelt zu stärken, z.B. durch achtsamen Umgang mit Medikamenten, Lebensmittel aus artgerechter Haltung oder ressourcenschonende Mobilität. Danke an Prof. Jakob Zinsstag, Dr. med. Esther Künzli, Anina Ineichen und Petra Huth für die spannende Diskussion und dem Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut für die Unterstützung.

Maya Graf, Ständerätin BL

### AN DIE SAMMELBRETTER

In der Schweiz gibt es genügend Flächen, um mehr als den heutigen Strombedarf mit Solarenergie zu decken. Dank der Solar-Initiative sollen auf allen geeigneten Dächern, Fassaden und bestehender Infrastruktur wie Parkplätzen standardmässig Solaranlagen installiert werden. Das Potential ist riesig. Machen wir endlich vorwärts mit der Energiewende! (ot)



[solar-initiative.info](https://solar-initiative.info)

### SAVE THE DATE: SOMMERFEST

Das Sommerfest der GRÜNEN BL/BS findet am Abend des 9. August statt. Weitere Infos folgen. (ot)

### ZÄMME IN EUROPA: WICHTIGER DENN JE

Diesen Herbst oder Winter kommt in Basel die kantonale Initiative «Zämme in Europa» zur Abstimmung. Die Initiative will die Forderung nach guten und stabilen Beziehungen unseres Kantons mit der EU und den Nachbarländern in der Kantonsverfassung verankern.

An einem gut besuchten Workshop am 22. März wurde als Stossrichtung der kommenden Kampagne formuliert: Es gilt, möglichst viele potenzielle Pro-Europäer\*innen zu mobilisieren. Ein gutes Ergebnis bei hoher Stimmbeteiligung setzt ein deutliches Zeichen und ist wichtig auch im Hinblick auf kommende EU-Abstimmungen. Eine gute Mobilisierung ist angesichts der immer schriller werdenden isolationistischen Töne der SVP wichtiger denn je. (ms)

## PAROLEN APRIL

### BASEL-STADT

**Nein** zum Standortförderungsgesetz (StaföG)

**Ja** zur Velo-Initiative

**Ja** zum Gegenvorschlag Velo-Initiative

**Stichfrage:** Gegenvorschlag

## AGENDA

**29. April:** Podium zur Steuererechtigkeit mit Lisa Mazzona, Kaserne Basel

**30. April:** Webinar «Verkehrswende» mit Florence Brenzikofer

**1. Mai:** GRÜNE am 1. Mai, Liestal & Basel

**10. Mai:** Sammeltag Solar-Initiative

**17./18. Mai:** Sammelwochenende

**14. Juni:** FemStreik

**16. Juni:** MV GRÜNE BS

**17. Juni:** MV GRÜNE Riehen-Bettingen

**24. Juni:** MV GR BL, Pratteln

## DAS LETZTE

Kein Campus auf dem Dreispitz! Falsch liegt, wer jetzt meint, das sei ein Eigentor und ein weiteres Zeichen, dass die Partnerschaft zerrüttet ist. Dahinter steckt ein Geheimplan (nicht «Project 2025»), wie Baselland die Universität ohne Belastung des Kantonsbudgets finanzieren kann. Und das geht so: Der Kanton Basel-Landschaft wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Nach Annahme des Standortförderungsgesetzes in Basel-Stadt kann die «BL AG» dann von Geldern des basel-städtischen Fonds für Innovation, Umwelt und Gesellschaft profitieren und schon ist das Geld reingespielt. Zudem kriegt die Bevölkerung noch Elternzeit, etc. Genial! Als Dank gibt's dann noch Boni für Toni & Moni.